

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torquarstr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Ämtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 6 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf. einzeln, Umhänge, Scherzreize und tabellarischer Satz mit Ausschlag.  
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. halle.

Nr. 100.

Sonnabend, den 21. August 1930.

33. Jahrg.

## Das Wahlrecht.

Solange der Begriff der Mitbestimmung einer Volksgemeinschaft an der Form des Regierens verknüpft ist, solange geht das Leben und Denken nach der Art und Weise, wie dieses Mitbestimmungsrecht ausgeübt werden soll. Ja, noch länger, denn selbst in Zeiten, in denen ein unbeschränkter Herrscher in Person als einzige Quelle für Geltung und Fortschritt der Völkergemeinschaft war, blieb der Volkswille eigentlich nur eine Fiktion, über die der Souverän Herrscher, der sich als Herrscher über die Völkergemeinschaft betrachtete, sich nicht erheben konnte. Stärkere Bindungen an die Entscheidung der bevorzugten Familien waren in Römischen Reich üblich und in jenen Staatenbildungen des Altertums, wo lebendig der Wille des bewaffneten Heeres dem Ausschlag gab.

Neu sind die Menschen im weitaus größten Teile der Welt, wenigstens in allen beschichtlichen Völkern, nicht zum mehr oder minder demokratischen Konstitutionsstaats übergegangen, wobei jeder Bürger seine Stimme in die Waagschale werfen darf, wenn es sich darum handelt, den für die Beobachtung der Gesetze und die Verwaltung des Staates verantwortlichen Instanzen das Szepter in die Hand zu legen. Da es unmöglich ist, jedes lebende Glied des Staatsganzen in einzelnen Fällen zu befragen, trat die aus gewählte Vertreterversammlung als bevollmächtigter Anwalt hervor, mit einem Worte: der Landtag oder der Reichstag. Ihm ist alle Macht ausübend gegeben, selbst wenn noch für die repräsentativen Funktionen die Person eines Herrschers oder Präsidenten erhalten blieb.

Das Deutsche Reich befindet sich in der letzten Lage. Der Reichstag entscheidet durch die von seinen Willensbestimmungen abhängigen Minister, die Repräsentative bleibt dem von der Gesamtheit der Wähler erwählten Reichstag. Die Mitglieder des Reichstages werden in gewissen, von der Verfassung unwillkürlich bestimmten nach dem freien Willen jedes Unbescholtenen und in zuständigen Alter befindlichen Volksgenossen gewählt. Das bestehende Wahlrecht datiert von der Weimarer Nationalversammlung im Jahre 1919 her. Jeder wahlfähige Bürger wird vor der Entscheidung gestellt, und zwar auf dem Wege der Verhältniswahl, seinen Vertrauensmann zu benennen. Das System hat seine Vorteile, aber auch seine Nachteile, die hier nicht näher erläutert werden sollen. Jedenfalls haben sich im abgelaufenen Jahrzehnt wie bei jedem Menschenwerk Mängel bemerkbar gemacht, deren Abstellung jetzt die am Ruder befindliche Reichsregierung in Angriff nimmt. Sie findet dabei, unbeschadet der diesseitigen Verbindlichkeiten der politischen Meinungen und Parteienansichten, in weitesten Kreisen Zustimmung. Aber die Reformen, die notwendig sind, sind nicht so einwandfrei klar.

Der Entwurf der Regierung ist angefertigt, der in kurzer Frist zu wählendem Reichstag soll seine Änderungen anbringen, um schließlich das gemeinsame Ja und Amen zu ertönen. Im vorliegenden Gesetzentwurf macht sich das Verlangen geltend nach härterer Sammlung der Nation, nach Ausschärfung der so mannigfachen und unabweislichen in der Entscheidung getretenen Verflechtung in Sonderprivilegien, nach Bestimmung des von verfassungsmäßig oder Verfassungsmaß gebildeten Interessensammelns. Wenige große, auf das Gesamtwohl drängende Parteien, dadurch Erleichterung der Mehrheitsbildung, glatter Lauf der Staatsmaschine. Die bisherige Wahl auf Listen, deren Zusammenstellung den Parteivorkämpfern in der Hauptache anheimfiel, entfernte den Wähler vom Gewählten. Der Wähler fand eine Mannigfaltigkeit von Vorkämpfern, nach Bestimmung des von verfassungsmäßig oder Verfassungsmaß gebildeten Interessensammelns. Wenige große, auf das Gesamtwohl drängende Parteien, dadurch Erleichterung der Mehrheitsbildung, glatter Lauf der Staatsmaschine. Die bisherige Wahl auf Listen, deren Zusammenstellung den Parteivorkämpfern in der Hauptache anheimfiel, entfernte den Wähler vom Gewählten. Der Wähler fand eine Mannigfaltigkeit von Vorkämpfern, nach Bestimmung des von verfassungsmäßig oder Verfassungsmaß gebildeten Interessensammelns.

gegen seine Namen kennt, wegfallen. Ebenso die Reichsliste, bei der die Bestimmungen allüberall zusammengezählt wurden, so eine Mandatsverteilung auf je 60 000 ermöglichend. Das erscheint ziemlich unzutrefflich, wenn man bedenkt, daß im ganzen Reich in allen Wahlkreisen sich vereinzelt Anhänger einer Idee finden, die von Säulen bis Norden 60 000 Wähler zusammenbringt und so einen Vertreter an den Reichstag dirigiert. Wie weit dieser Zustand sich ausgewirkt hatte, erkennt man daraus, daß im letzten Reichstag fast ein Sechstel der Abgeordneten der Reichsliste entstammte. Deren Namen waren nicht von einer erheblichen Wählerzahl, sondern von Partei- oder Parteivorkämpfern ausgewählt. Die solche Verfechter des Zwecks in das Gegenteil erzielenden 35 unbeschichteten Wahlkreise sollen zukünftig in 162 Kreise aufgeteilt werden. Der Plan des neuen Wahlgesetzes beschränkt seine Dauer auf 12 Jahre, damit die mittlerweile gewonnenen Erfahrungen Verwendung finden, wenn die Erkenntnis für erforderliche Änderungen dann Platz gegriffen hat.

Dies die wichtigsten Grundzüge der angestrebten Wahlrechtsreform, die der Öffentlichkeit unerbittert wird. Kritik wird sicherlich nicht ausbleiben, alles Wünschenswerte nicht erreicht werden. Aber der Wille zur Verbesserung scheint vorhanden zu sein.

## Rücktritt der bayerischen Regierung.

Die Regierung in der Münchener Zeit.

Mittwoch trat der Bayerische Landtag zusammen, um die Entscheidung über die durch die vom Ministerium Held durch Vorverordnung eingeführte Schlichtsteuer zu treffen. Nach längerer Debatte, in der Finanzminister Dr. Schmelske die ablehnende Haltung der Opposition gegen die Schlichtsteuer bekräftigte, beschloß der Bayerische Landtag mit 62 gegen 58 Stimmen die Aufhebung der von der Regierung erlassenen Schlichtsteuervorverordnung. Gleich nach der Abstimmung gab Finanzminister Dr. Schmelske dem Ministerpräsidenten Held seinen Rücktritt mitgeteilt. Ministerpräsident Dr. Held unterrichtete unmittelbar nach der Plenarberatung den Landtagspräsidenten schriftlich vom dem Rücktritt des genannten Ministeriums.

Für die von den Sozialdemokraten beantragte Nichterhebung der Schlichtsteuer stimmten sämtliche Parteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Nationalen.

Nach der Abstimmung gab Abgeordneter Dr. Wohlmut für die Bayerische Volkspartei die Erklärung ab, daß sich diese nach dieser Abstimmung nicht mehr in der Lage sehe, die Verantwortung für die Fortführung der Staatspolitik weiter zu tragen und die Opposition aufzufordern, ihrerseits die Verantwortung zu übernehmen.

Der Ausgang des für die innere politische Entwicklung Bayerns überaus bedeutungsvollen Ringens stand schon fest, als der Haushaltsausschuß des Landtages bereits am Dienstag den sozialdemokratischen Antrag angenommen hatte. Ein Bayernbündnisantrag auf Kürzung der Erhöhung der Beamtengehälter wurde dabei mit vier Stimmen des Bayernbündnisses bei Enthaltung aller übrigen Parteien angenommen. Zwei Anträge der Bayerischen Volkspartei, die Staatsregierung zu sofortigen Maßnahmen zur Vereinfachung der Staatsverwaltung zu ermächtigen und die Ausgaben des ordentlichen Haushalts bis 1935 schrittweise um insgesamt zehn Millionen zu senken, wurden gleichfalls angenommen. Die Mehrheit für den die Regierungsentwürfe ablehnenden Beschluß bestanden aus Sozialdemokraten, Deutscher Volkspartei, Bayernbündnis, Nationalsozialisten und Kommunisten.

Die in Bayern seit Monaten bestehende Krise hat somit zu ungunsten der bisherigen Regierung gedeutet und ihren Rücktritt herbeigeführt. Die Schlichtsteuer beschworene Verhandlungen betraf, bis die Regierung schließlich, um die Steuer durchzuführen, zur Vorverordnung griff. Am aber verließ der Bayerische Bayernbündnis, der vorher das Kabinett mitgeführt hatte, die Regierungskoalition und führte so den Sturz Helms herbei, der sechs Jahre an der Spitze der Staatsgeschäfte stand.

## Die Reformpläne der Reichsregierung

Nachsetzung des Kabinetts. — Der erste Schritt zur Reichsreform.

Das Reichskabinett, das unter Vorsitz des Reichstanzlers zur Beratung der dem getragenden Körperschaften im Herbst vorzulegenden Reformvorschläge zusammengetreten war, verabschiedete zunächst den Entwurf eines

## Kleine Zeitung für eilige Leser

- \* Die Überschwemmungen haben besonders in Norddeutschland katastrophalen Schaden angerichtet. Bei Lausden von Wetzlar ist die Körner- und Getreidernte vernichtet.
- \* Die von der bayerischen Regierung durch Abtötung eingeführte Schlichtsteuer wurde vom Landtag abgelehnt. Darauf trat das seit sechs Jahren im Amt befindliche Gesamtkabinett Held zurück.
- \* Trotz eines nicht ganz klaren Elements von angeblich zurückgebliebenen Stellen wird in anderen Berliner Kreisen daran festgehalten, daß der Chef der Verfassung, General Drey, für den 1. Oktober Rücktrittsbefehl habe.
- \* Perlen lebte in einer Note an die Fiktion die von dieser gewünschte gemeinsame Bekämpfung der Kurden auf persischem Gebiet ab.

Gesetzes zur Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts, der, wie bekannt, einen vorweggenommenen Teil der Reichsreform darstellt. Sodann nahm das Kabinett einen eingehenden Vortrag des Reichsministers des Innern zur Wahlrechtsreform entgegen, worüber die Beratungen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Im Mittelpunkt der Erörterungen des Reichskabinetts, die bis in die Nachstunden anbauerten, stand schließlich die erste grundlegende Erörterung der finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen.

## Das Reichsverwaltungsgericht.

Die Pläne der Regierung.

Im Reichskabinett wurde der Gesetzentwurf über die Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts bekanntlich fertiggestellt. Dem Gesetzentwurf liegt zunächst der Plan zugrunde, das Reichsverwaltungsgericht organisatorisch mit dem Preussischen Oberverwaltungsgericht zu verbinden. Der Staatsgerichtshof soll vom Reichsverwaltungsgericht übernommen bzw. diesem angegliedert werden. Keine Schuldenfrage, die der Straftat näher kommen als der Verwaltungsjustiz, bleiben nach wie vor beim Reichsgericht. Außerdem ist in dem Gesetzentwurf vorgesehen, daß die Sozialversicherung im Reichsverwaltungsgericht vertreten sein soll.

Wirkungsbereich.

Die Zuständigkeiten des Reichsverwaltungsgerichts sollen in drei Gruppen zerfallen: 1. die bisherigen Zuständigkeiten der Landesverwaltungsgerichte, 2. die neuen Zuständigkeiten des Reichsverwaltungsgerichts als solches und 3. die Zuständigkeiten des Reichswirtschaftsgerichts und des Bundesamts für das Heimatwesen, und zwar aus Gründen der Vereinfachung des Verfahrens.

Das Reichsverwaltungsgericht ist nach dem Gesetzentwurf an sich oberste Spruchbehörde des Reiches, aber auf Antrag der Landesregierungen auf dem Wege über das Reichsministerium des Innern kann das Reichsverwaltungsgericht Spruchbehörde in Landesangelegenheiten sein. Die Anrufung des Reichsverwaltungsgerichtes beruht auf der sogenannten Generalklausel, das heißt, die Zuständigkeit ist grundsätzlich gegeben bei allen Anordnungen einer Verwaltungsbehörde des Reiches oder eines Landes. Das Rechtsbeschwerdeverfahren ist zulässig, wenn von einer Behörde des Reiches eine Verfügung erlassen wurde, die an sich zunächst nach den Bestimmungen des Landesverwaltungsgerichtes verfolgt wird. Das Anrufungsverfahren findet statt, wenn eine Verwaltungsbehörde Anordnungen getroffen hat, gegen die von Seiten irgendwelches Landes Einspruch erhoben worden ist. Nach dem Gesetzentwurf ist es ferner die Auffassung der Reichsregierung, daß einseitige Verfügungen nicht erlassen werden sollen.

## Dr. Stegerwald zur Rudrückbildung.

Seine Richtigstellung.

Im Zusammenhang mit den Reden über die im Ruhrgebiet zum 30. September auszuführenden Klärungen war in der Presse die Nachricht erschienen, daß die Zedenerbesten vom Reichsarbeitsminister Stegerwald, mit dem sie verhandelt hätten, das Zugehändnis eines zehnprozentigen Lohnabbaus erhalten hätten bzw. die Zusage, daß für den Fall der Nichtannahme dieser Lohnherabsetzung ein Schiedsspruch gefällt werden würde. Wie vom Reichsarbeitsministerium hierzu mitgeteilt wird, sind diese Behauptungen von A bis Z erfunden.

# Preuß. Branntweinverbot am Wahlag.

Für den 14. September.  
Der preussische Minister des Innern erläßt eine Verlautbarung, durch die für den Bereich des Landes Preußen anlässlich der Wahlen zum Reichstag der Ausschuss von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein für Sonntag, den 14. September 1930, verboten wird. Das Verbot des Kleinhandels mit Trinkbranntwein trifft auch den Fall, daß dieser in verschlossenen oder verschlossenen Flaschen abgegeben wird. Der Minister hat alle Polizeibehörden ersucht, die Innehaltung dieser Vorschriften auf das strengste zu überwachen. Sofern an einzelnen Orten Zufahren die Innehaltung dieser Vorschriften auf das strengste zu überwachen. Sofern an einzelnen Orten Zufahren die Innehaltung dieser Vorschriften auf das strengste zu überwachen.

# Kriegsschulden verursachen die Weltkrise.

Vortrag Professor Dr. Sering in Amerika.  
Überaus großes Aufsehen zuzufinden in den Vereinigten Staaten die Veröffentlichung eines Vortrages hervor, den der bekannte deutsche Volkswirtschaftler und ehemalige Universitätslehrer Professor Dr. Max Sering aus Berlin auf einer Zusammenkunft landwirtschaftlicher Sachverständiger an der amerikanischen Cornell-Universität gehalten hat. Dr. Sering bezeichnete die in der ganzen Welt zurzeit sich geltende Landwirtschaftskrise nur als einen Teil des allgemeinen Niederganges der gesamten Wirtschaft. Nur internationale Zusammenarbeit vermag diesem Niedergang Einhalt zu gebieten. Diese Anforderungen verdrängen jedoch allein Erfolg bei Abschaffung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen und bei Streichung der Schulden der im Kriege alliierten Länder an Amerika.

# Verschärfung des türkisch-persischen Konflikts.

Perien hält zu den Kurden.  
Die Lage an der Grenze zwischen der Türkei und Persien hat eine Verschärfung erfahren. Der Geschäftsträger in der Türkei hat dem türkischen Außenminister eine Mitteilung überreicht, in der gesagt wird, die persische Regierung könne unter seinen Umständen sich zu einem gemeinsamen militärischen Vorgehen gegen die Kurden auf persischem Gebiet bereit erklären.  
Der türkische Außenminister ist nach Übergabe dieser persischen Note sofort mit dem Herrn der Regierung, Mustafa Kemal Pascha, und dem Ministerpräsidenten İsmet Paşa in Verbindung getreten, die sich gegenwärtig beide in Konstantinopel befinden. In Verhandlungen zwischen allen drei Staatsmännern sollen nun die weiteren Maßnahmen im Hinblick auf die Kurden in Übereinstimmung mit dieser letzten persischen Antwort festgelegt werden. Die Lage im Berggebiet des Ararat ist unverändert.

# Politisches Attentat in Kowno.

Mordanschlag auf den Leiter der litauischen Geheimpolizei.  
In Kowno wurde der Leiter der litauischen Geheimpolizei, Oberst Auksela, im Hotel Berialen und durch einen Revolverbeschuss und einen Messerhieb lebensgefährlich verletzt. Die beiden Täter, ein Jude und ein etwa 40jähriger Mann, wurden auf der Flucht verhaftet. Ein dritter Mann wurde unter dem Verdacht der Mithäterföcht ebenfalls festgenommen. Es verlautet, daß es sich bei den Tätern um Bolshewikas-Anhänger handelt. In Kowno herrscht außerordentlich starke Aufregung.

# Der Hergang des Kownoer Attentats.

Die Täter waren Polizeispitzel.  
Die wegen des Anschlages auf den litauischen Polizeispitzel verhafteten beiden Studenten waren bei der politischen Polizei als Spitzel zur Beobachtung der Tätigkeit der Bolshewikas-Anhänger verwendet worden. Die beiden, die sich Bolshewikas-Anhänger sind, hatten mit dem Direktor der Mithäterföcht ebenfalls festgenommen. Es verlautet, daß es sich bei den Tätern um Bolshewikas-Anhänger handelt. In Kowno herrscht außerordentlich starke Aufregung.

# Serbische Waffendrohungen gegen Ungarn und Bulgarien.

Die „Novosti“ veröffentlicht einen Artikel aus Belgrad, wo sich gegenwärtig der jugoslawische Hof, die Minister und das diplomatische Korps aufhalten. Der Artikel bezieht sich auf Informationen von unrichtiger Quelle und findet gegen Ungarn und Bulgarien Waffendrohungen an, falls die Sabotagefrage und die Frage des magyaren Komitees nicht in befriedigender Weise gelöst würden. Der Gewissmann der „Novosti“ betont, daß die Wiedereröffnung der Handelsverträge bedeuten würde. Daher hätten die Serben und die kleine Entente in diesem Fall das Recht, mit Waffengewalt einzugreifen. Wenn man auch hoffen könne, daß die ungarische Politik nichtern genug sei, um einen Unterschied zwischen Demonstrationen und professioneller Politik zu machen, so sei doch für jeden Fall die Waffenvorbereitung geboten. Gegenüber Ungarn warte die Entente die Entwicklung der Beziehungen nach ab. Die Regierung werde aber nicht länger mit getrennten Armen die blühenden Herausforderungen der Magyaren entgegennehmen, sondern ganz energisch das Einschreiten des Völkerverbundes gegen die Friedensstörer am Balkan verlangen. In dem Fall, daß der Völkerverbund sich weigere, einzugreifen, würde die Entente den Standpunkt vertreten, daß es gegenüber Bulgarien freie Hand habe. Besehend ist, daß der Artikel der „Novosti“ auch durch die amtliche Agentur Wala verbreitet wird.

# Rußlands innerer Silberkrieg.

Todesurteile für Hamsterer.  
Zeit längerer Zeit hat die Wünderbewegung des russischen Papiergeldes im Innern des Landes, namentlich auf dem Lande, stark zugenommen. Die Wünderer haben es in feigenem Maßstabe ab, ihre Erzeugnisse gegen Papiernoten abzugeben, da sie für das Papier keine ihrer Ansicht nach voll entsprechende Warenmenge zurücktauschen. Der Bauer verlangt also direkten Warenaustausch oder Silbergeld. So kam es zu einer Knappheit an Silber, die durch Hamsterer, die sich auch auf Solowjengruppe erstreckte, verflärt wurde.  
Diese Ursache ist die allgemeine Wirtschaftslage, die die Einfuhr von Auslandsgeld gegen Wareneport erfordert. Das hereinfließende Geld ist aber wieder notwendig zur Anschaffung von Produktionsmitteln, so daß im inländischen Verkehr ein Verarmen entsteht, der durch die gering gelieferten Papierwerte nicht ausgeglichen werden kann.

Die Behörden haben deshalb die gewinnfüchtige Silberhamstererei mit aller Rücksichtslosigkeit, neuerdings sogar mit Todesurteilen auszurufen. Gegen Hamsterer von Kleingeld ist eine ganze Anzahl von Verhaftungen erfolgt; vier Leute, ein Kassierer und drei Kleinhändler, sind bereits zum Tode verurteilt und erschossen worden. Man hatte bei ihnen Kleingeld im Betrage von etwa 5000 Rubeln gefunden. In Kiew veranfaßte die Verhörer eine Kleingeldrazzia bei den Kassierern der staatlichen Betriebe und entdeckte rund 30 000 Rubel zurückgehaltene Silbergeld.

# Politische Rundschau

## Deutsches Reich

Sachsens Industrie gegen die Kündigung des sächsischen Handelsvertrages.

Der Verband sächsischer Industrieller hat auf Grund der ihm aus Mitgliedskreisen zugehenden zahlreichen Einsprüche gegen die auf die Kündigung des deutsch-sächsischen Handelsvertrages gerichteten Bestrebungen Einspruch erhoben und die zuständigen Stellen gebeten, dafür einzutreten, daß unter allen Umständen alles vertrieben werde, was eine Abschaffung der Ansätze zur Folge haben könnte. Es müßte unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß die Unruhezeit und die jetzt in den Handelsbeziehungen eingetretene Verarmung baldigst beseitigt werde.

Die Not der Erwerbslosigkeit.  
Die Katastrophe der Einstellung der Erwerbslosenunterstützungen ist über den Zweifelsort Lorant Arheim als ersten Ort in Deutschland hereingebrochen. Der Drisfürjorgeverband mußte die Auszahlung der Unterstützungen an die ausgebeuteten Erwerbslosen wegen völligen Mangels an Mitteln einstellen. Die Erwerbslosen bildeten eine Abordnung, die sich zu dem zuständigen Bezirksamtsreferenten nach Zweibrücken begab, der ihnen aber nichts anderes erlösen konnte, als das Bezirksamt seinerlei Mittel mehr besitze, um dem Fürjorgeverband für Erwerbslosenunterstützungen zu helfen.  
Die Hoffnungsarbeiten.  
Das Reichsarbeitsministerium hat vor einiger Zeit die Länder aufgefordert, Vorschläge hinsichtlich der im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehenen Hoffnungsmaßnahmen zu machen. Bis jetzt liegen die Antworten von vier Ländern vor. Sobald auch die übrigen Antworten eingegangen sind, wird das Reichsarbeitsministerium eine Gesamtübersicht der Vorschläge beantragen.

## Frankreich

Poincaré 70 Jahre alt.  
Am 20. August d. J. vollendete Poincaré, ehemals Präsident der Französischen Republik, Ministerpräsident und Außenminister, das 70. Lebensjahr. Das Wirken dieses Mannes vor, während und nach dem Weltkriege ist, besonders wegen seiner in allen Wägen unentwegt deutschfeindlichen Stimmung, so bekannt, daß es unnötig erscheint, in diesem Augenblick darauf zurückzukommen.

## Litauen

Der Mordanschlag auf den Leiter der Geheimpolizei.  
Zu dem Mordanschlag auf den Direktor der litauischen Geheimpolizei wird noch bekannt, daß der Leiter der Geheimpolizei, Auksela, fünf Stiche in die Brust erhalten hat, von denen einer die Lunge durchbohrte. Die sofort nach dem Anschlag vorgenommene Operation ist zwar gut verlaufen, doch ist der Verletzte infolge des starken Blutverlustes in Lebensgefahr. In der Nacht wurden bei zahlreichen Woldemaras-Anhängern von der Polizei Hausdurchsuchungen vorgenommen. Zwei Woldemaras-Anhänger sind als der Mithäterföcht verdächtig in Haft genommen worden. Nach einem bisher unbestätigten Bericht sollen die Täter eingeklinkt haben, daß insgesamt gegen zwölf namhafte Persönlichkeiten Anschläge geplant gewesen seien.

# Aus der Wahlbewegung.

Wahlaufruf der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels.  
Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels veröffentlicht einen Wahlaufruf, in dem es u. a. heißt: Bei den letzten Reichstagswahlen ist fast ein Drittel der mittelständlichen Wählerschaft der Wahlurne ferngeblieben. Dieses Verarmen hat sich bitter gerächt. Immer tiefer sind wir in Not geraten, immer stärker ist die Lebensnotlage des Einzelhandels wie des deutschen Mittelstandes im ganzen eingetret und bedroht worden. Es kann und darf nicht mehr so weitergehen. Das deutsche Volk muß sich wieder emporkämpfen. Zu den Voraussetzungen für einen Wiederanstieg gehört eine Gesundung der Finanzwirtschaft durch Senkung der Ausgaben der öffentlichen Hand und starken Steuerabzug sowie eine Reform der Sozialversicherung. Die Gleichmacher in der Sozialpolitik muß aufräumen. Schließlich muß eine Wirtschaftspolitik geführt werden, die den Schutz des bürgerlichen Privatigentums, insbesondere für den Mittelstand, als tragenden Grundgedanken anerkennt.

# Die Nummerierung der Reichstagswahlvorläufe.

Der Reichstagsminister des Innern hat nach Aufschreibung der Reichstagswahl für die Parteien, die im letzten Reichstag vertreten waren, die Nummer ihres Reichstagswahlvorlages festgelegt. Inzwischen haben mehrere Parteien organisatorische Änderungen erfahren, oder die Bezeichnungen für ihre Reichstagswahlvorläufe geändert oder erweitert. Der Reichstagsminister des Innern hat sich damit einverstanden erklärt, daß für die Nummerierung der Reichstagswahlvorläufe dieser Parteien die geänderte Bezeichnung als identisch mit der bisherigen behandelt wird. Es wurden als identisch erklärt: bei Nr. 6 die neue Bezeichnung Deutsche Demokratische Partei (Deutsche Demokratische Partei, Volkssozialistische Reichsvereinigung und verwandte Gruppen) mit der bisherigen Bezeichnung Deutsche Demokratische Partei; bei Nr. 10 die neue Bezeichnung Deutsche Volkspartei mit der bisherigen Bezeichnung Demokratische Partei; bei Nr. 11 die neue Bezeichnung Deutsche Volkspartei mit der bisherigen Bezeichnung Deutsche Volkspartei; bei Nr. 12 die neue Bezeichnung Deutsche Volkspartei mit der bisherigen Bezeichnung Deutsche Volkspartei; bei Nr. 13 die neue Bezeichnung Deutsche Volkspartei mit der bisherigen Bezeichnung Deutsche Volkspartei; bei Nr. 14 die neue Bezeichnung Deutsche Volkspartei mit der bisherigen Bezeichnung Deutsche Volkspartei.

Eine Rede Dr. Eugenbergs in Detmold.  
In Detmold sprach der deutschnationale Parteiführer Eugenberg über seine Ziele. Die Young-Strategie sei im Grunde gleichbedeutend mit einer Parlamentaristik, mit einer Art des Parteiensystems, das uns nach der Revolution regiert habe. Die Landwirtschaft sei das schlimmste Beispiel für diese katastrophale Entwicklung. Zur Behebung der Not der Landwirtschaft forderte Eugenberg eine besondere Wirtschaftsorganisation unter eigener Selbstverwaltung, für die die Rentner der Zentralanstalt sein müßte, als Kampfmittel gegen Staat und Gewerkschaften; ferner Änderung der Kreditverhältnisse und schließlich autonome Zölle und Einfuhrverbote. Die Regierung bringe bedeute die Entlassung der Sozialdemokratie aus der Verantwortung. Im nächsten Reichstag werde es nicht möglich sein, daß die Mittelparteien eine Regierung allein bilden können.

# Wahlaufruf aller bürgerlichen Parteien in Braunschweig.

Langwierige Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien im freistaat Braunschweig haben zur Schaffung einer bürgerlichen Einheitsliste geführt, die die Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei, die deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, den Braunschweigischen Landbund, den Bürgerbund, den Vereinigten Mittelstand, den Braunschweigischen Landesverband, die Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbereine sowie den Landesverband Braunschweigischer Frauenvereine umfaßt. In dem gemeinsamen Wahlaufruf wird u. a. festgestellt, daß mit der Einigung der bürgerlichen Wähler, die gewillt seien, den Kampf gegen den Marxismus aufzunehmen, der dringende Wunsch der Bevölkerung erfüllt werde. Einigkeit sei der entscheidende Faktor für die Ermöglichung: Sparmaßnahmen im Staatshaushalt, gerechte Behandlung des Beamtenums ohne Anhebung des Parteienbuchs, Schutz der bis an den Ruin gebrachten Privatwirtschaft und insbesondere Schutz der entgegen der Reichsverschuldung entredeten bürgerlichen Schichten. Die bürgerlichen Parteien des Reichstags seien einmütig der Sozialdemokratie ein System einseitiger sozialdemokratischer Parteipolitik ablehnen, es sei, so großes zu sehen, das Verschwinden, Sauberkeit und Verantwortungsbewußtsein der Gesamtheit gegenüber als obersten Grundgedanken anzuerkennen.

# Einenheimen Scholz-Extrakt-Sachsen.

Wie von Seiten der konservativen Volkspartei verlautet, haben Verhandlungen zwischen dem Führer der Volkspartei, Dr. Scholz, dem Reichstagsminister Treutmann und dem Wirtschaftsparteiler Sachsenberger stattgefunden. Die Verhandlungen führten zu einem Einvernehmen in der Frage eines gemeinsamen Wahlauftrufes, der die Zulage des gemeinschaftlichen Vorgehens im Wahlkampf enthält, und auch für später ein Zusammenarbeiten in Aussicht stellt. Das Ergebnis ist zunächst noch unverbindlich.

# Eine Rede des Kammerherrn von Odenburg-Janshoff.

Auf einer deutschnationalen Führerversammlung zu Hiesenburg hielt Kammerherr von Odenburg-Janshoff eine programmatische Rede. Seine Stellung zu den Nationalsozialisten sei fest, die gleiche. Das Programm sei ihm zu unklar. Wenn hart auf hart komme, würden die Sozialdemokraten und die Kommunisten geschlossen vorgehen, während die bürgerlichen Parteien sich in einer sehr merkwürdigen Lage befinden. Schiele, der sicherlich das Beste wolle, kämpfe um Kündigung des Handelsvertrages mit Frankreich und habe im Wiedereröffnung mit dem Austritt gedroht. Je stärker die Rechte werde, desto leichter werde es sein, die Regierung am Leitseil zu halten. Er werde mit allen Kräften gegen die S. P. D. marschieren.

Wie die Deutsche Bauernpartei mitteilt, tritt sie bei der bevorstehenden Reichstagswahl völlig selbstständig auf. Nachdrücklich, die darauf hinauslaufen, daß die Deutsche Bauernpartei irgendwelche Vereinbarungen mit der Landvolkpartei getroffen habe, sind unrichtig.

# Die Kandidaten der Wirtschaftspartei.

Der Reichstagswahlvorschlag der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) sieht folgende Platzierung der Kandidaten vor:

1. Hugo Kroll, Gastwirt, Magdeburg;
2. August Mandel, Fleischerbrennmeister, Halle;
3. Paul Hoffmann, Fuhrunternehmer, Preuß. Landtags-Abgeordneter, Halle;
4. Julius Cn, Elektro-Ingenieur, Rummurg;
5. Paul Mühsing, Innungsoberrichter, Halle (Vorsitzender des Mitteldeutschen Handwerkerbundes, Landesverband);
6. Wilhelm Otto, Kaufmann, Zeitz;
7. Alwin Freiberger, Vorsitzender des Kreis-Hausbesitzervereins und Kreishandwerkerbundes, Merseburg;
8. Otto Reinhardt, Bäckermeister, Hettstedt;
9. Paul Jäger, Diplom-Kaufmann, Delitzsch;
10. Andreas Haberland, Schmiedebrennmeister, Wittenberg;
11. Paul Prinz, Schneiderbrennmeister, Herzberg;
12. Erich Herat, Fleischermeister, Heddrungen;
13. Wilhelm Zehle, Tischlermeister, Giesleben;
14. L. Johanne, Wirt, des Hausbesitzervereins Bretzin;
15. Werner Jordan, Kaufmann, Halle.

# 350 Entlassungen beim Statistischen Reichsamt.

Berlin. Das Statistische Reichsamt sieht sich gezwungen, in der nächsten Zeit rund 350 seiner Angestellten zu entlassen. Von den 1700 Angestellten des Reichsamt sind 1700 Angestellten der Abteilung vertrieben. Die restlichen 178 auf die Entlassungen im Haushaltsplan zurückzuführen. Die Kündigungen sind in Fälligkeit mit dem Angehellenrat zum 30. September erfolgt.





### Zwangsversteigerung.

Am 22. August, 12 Uhr, wird in Annaburg öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert

#### 1 Personen-Auto.

Besammlungsort der Käufer: Goltzhof Dubro.  
Finanzamt. Vollstreckungsstelle.

#### Erstkl. Vertreter

Keine Anfänger, bei hoher Provision gesucht für Luftballons, Westentaschenzündhölzer, Bilderbücher, Papier-Servietten u. s. w. Preise konkurrenzlos. Alles mit Reklamendruck der betreffenden Firmen.

C. Ventzke, Altenburg (Thür.)

Kartoffelhäfen, Kartoffelgabeln, Kartoffelquetschen, Rübenagabeln, Obstplücker, Eintoch-Apparate, Viehkessel, Kupfer- und Eisenkessel, Stehleitern in verschiedenen Größen, Maschinen, Spann- und Staheldraht, Handleiterwagen

empfehlen J. G. Fritzsche.

### Sämtliche Bau-Artikel:

Eiserne Träger und Säulen, letztere auch nach Maßgabe in allen Stärken werden sofort angefertigt.

Front- und Grabgitter, Eiserne Fenster und Oberlichter, Türen und Torwege vom Lager und nach Maß.

Eiserne Dachbinder, sämtl. Ofenbau-Artikel, Tonrohre.

Eiserne Pumpen mit Rohr und Sauger, sowie komplette Wasserleitungen, Stallgitter für Schweinefäße, Schweineerträge: Krippenschalen.

Wilhelm Grahl.

### Winterwiden

empfehlen J. G. Fritzsche. Geflügelhof Annaburg verkauft

Zucht- und Schlacht-Hühner pro Pfd. 90 Pfg.

Bronzepfuter und Puten sowie einige Schränke zu verkaufen

Kriewe, Lötperle.

Eine junge hochtragende Kuh und eine

9jähr. belg. Stute (mittelfark) verkauft Freitag, Klostig.

### Ofenlängen

große Maße RM. 18.— kleine Maße RM. 14.— Säumlinge, Maße 10.— Alles trocken! Frei Haus! empfiehlt Kaufend

Wilhelm Kunze

empfehlen

neuen Bauerkohl Pfund 15 Pfg.

neue Kartoffeln Pfund 5 Pfg.

J. G. Fritzsche.

### Amateur-Albums

Postkarten-Albums in reichhaltiger Auswahl empfiehlt

Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

#### Empfehle:

fr. Zeit-Büdinge neue Kartoffeln neue Galzheringe marinierte Heringe neue saure Gurken Gefürten

M. Selle, Markt 1

Siedesalz in Paket u. Beutel

Sonnensalz i. Paket

Jodsatz in Paket zu haben bei

Franz März Markt 19

empfehlen

diverse Sorten Kaffee

M. Selle, Markt 1

Zum Einmachen

empfehlen:

feinste Platten-Raffinade

in Würfel zu 2 1/2 kg, ferner

Gut- u. Kristall-Zucker

J. G. Fritzsche.

füßigen Bohnerwachs

farbig u. farblos Bohnerwachs

Möbelpolitur empfiehlt

Franz März, Markt 19.

### Achtung! Achtung! Achtung!

## Billige Schuhtage

von Freitag, 22. Aug., bis Sonnabend, 6. Septbr.

Um Platz für meine Winterwaren zu schaffen, verkaufe alle Schuhwaren mit einem

**Rabatt von 10%**  
(Rabattmarken noch extra)

Bei einem großen Teil Modeschuhwaren und Restpaaren ist der Preis **ganz besonders herabgesetzt!**

Die große Auswahl bietet für jeden das Richtige. Versäumen Sie daher die günstige Gelegenheit nicht, sich mit billigen und nur erstklassigen Schuhwaren zu versehen.

## Schuhhaus Max Freidank

### Stand- und Hänge-Uhren

mit herrlichen Glockentönen, Büro- und Küchen-Uhren, Wecker-Uhren in reizen Holz- und Metallgehäusen mit prima Werke der Firmen Becker, Jungbans etc.

Herren- Uhren, Damen- u. Herrenarmbanduhren in geschmackvollen Ausführungen von der einfachsten Gebrauchs- bis zur feinsten Präzisionsuhr.

Garantie für guten Gang. Albrecht Panick, Uhrmachermeister.

Nur für **Rundfunkhörer** die es noch nicht wissen. Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reichillustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkzeitschrift **Der Deutsche Rundfunk** Einzelheft 50 Pf., monatlich RM. 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

### Salicyl-Pergament

(zum luftdichten Verschluss der Einmachebüchsen) zu haben bei **Herm. Steinbeiß, Papierhandlg.**

Empfehle mein großes Lager in:

Kieferne Hobeldielen bisher qm 3.00 jetzt **2.75 RM.**

Kieferne Schalbretter bisher qm 1.00 jetzt **0.90 RM.**

Kieferne Schalbretter, kurze bisher qm 0.90 jetzt **0.80 RM.**

sowie alle sonstigen Bau- und Nutzholzer u. Baustoffe billigst.

Wilh. Kunze.

### Denatol erspart das Putzen!

Es hält Messing, Kupfer, Silber und andere Metalle lange Zeit, z. B. jahrelang blank, selbst im Regen. Die Verwendungsmöglichkeit ist so vielfältig, daß 90% der seitherigen Putzarbeit erspart wird. Besonders zu empfehlen zur Erneuerung unanständig gewordenen Vorhangslängen, Möbel, Beleuchtungskörper, Kunst- und Ziergegenstände, Möbelbeschläge, Uhren, Tisch- und Küchengeräte, Maschinen und bergl. aus Messing, Kupfer, Silber, Eisen und anderen Metallen.

Zu haben bei: **J. G. Fritzsche.**

Kaffeefiltrierpapier „Melitta“ (geknüppelt, in Kartonpackung), empfiehlt

Herm. Steinbeiß, Papierhandlung.

Bind Königin Luise Freitag, d. 22. August, abends 8 Uhr im Goltzhof zum **Goldenen Ring** Monats-Versammlung mit Vortrag. Als Gast: Fr. Reinicke aus Halle. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

### Neuheit!

Schallplatten-Postkarten Stück 25 Pfennig zu haben bei **Herm. Steinbeiß.**

### Garantol,

bestes Eierkonservierungsmittel, zu haben bei **J. G. Fritzsche.**

### Königs

Kursbuch für Mitteldeutschland zu haben bei **Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.**

### Alle Farben

Trocken-, Öl-, Wasserfarben sowie Lack u. Leinwandfarben, trocknen schnell, bester Anstrichfarbe in Büchsen. Alle Farben werden von Fachmännern hand zurecht gemacht. **Franz März** Markt 19.

### Achtung!

Der Stidunterricht auf Nähmaschinen beginnt am 1. Oktober und ist für Käuferinnen kostenlos

Empfehle meine erstklass. **Vittoria-Nähmaschinen** zu äußerster Katalogen. Stichmuster sind im Schaufenster ausgestellt. Anmeldungen bitte rechtzeitig.

Motorfahrzeuge- und Fahrrad-Reparaturwerkstatt / Akku-Ladestation / Radio-Artikel

### Fritz Rödler

Mein Geschäft ist von Freitag bis Montag geschlossen.

Karl Weiß, Tischlermstr.

### Reichslandbund

Erstgruppe Annaburg. Freitag, den 22. Aug., abends 8 1/2 Uhr, im Goltzhof „Siegestanz“ (Dubro)

Versammlung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

### Hotel „Waldschlößchen“

Sonntag, den 24. August von nachmittags 4 Uhr ab **Tanz im großen Saal**

Eigene Kapelle — Neueste Berliner Schlager Eintritt 30 Pfennig — Tanz frei. Freundlichst ladet ein **Hugo Fentsch und Frau**

NB. Wir erlauben uns, an unseren gut bürgerlichen Mittagstisch zu erinnern.

### Lichtspielhaus

Freitag, Sonnabend und Sonntag 8 1/2 Uhr: Zur Eröffnung der diesjährigen Saison!

Das mit berechtigter Spannung erwartete schöne deutsche Filmwert

### „Frühlingsrauschen“

— Tränen, die ich Dir geweiht — 8 gr. Regie: **Wilhelm Dieterle** | 8 gr. Alte | **Wilib. Dieterle, Vien Deijers** | Alte

In seinen Handlungen und seinen Aufnahmen ein herrlicher, wunderbarer Film für das deutsche Gemüt, der mit seinen herausragenden, frühlingshauchenden Landschaftsbildern all das ausstrahlt, was das Wort „Liebe“ umschließt.

Ferner **hoot Gibson**, der fabelhafte Comboy in **„Wildwestschau“**

5 Akte voll fesselnder Ereignisse u. Spannung. **Morgen Freitag Verstärktes Orchester** (Klavier, Cello, Geige)

### Palast-Theater

Beginn 20.30 Uhr: **Der Mann aus Zelle 19**

Ein Sensationshauptpiel in 6 Akten von Franz Seiz. Atemraubende, spannende Szenen halten uns vom Anfang bis zum Ende in Bann.

Erste Besetzung: **Volte Doring, Ernst Rückert, Ernst Schumpf** u. a. m. — Ferner

### Der letzte Schuß

Ein sehr fesselndes Hochlands-Drama in 7 Akten mit **Fritz Kampers, Oreste Reinwald, Ernst Rückert, Via Eisenbüch, Franz Seiz.**

Sonntag nachm. 3 Uhr Kinder-Vorstellung. **Tom Tyler** der berühmte Comboy in **Der Mann mit der eisernen Faust**

Hochbetrieb.

Je mehr wir uns dem 14. September, dem Tag der Reichstagswahlen nähern, eine um so größere Bedeutung zient bei den Parteien ein. Es gilt, einen genauen Wahlkampfplan für die Wahlkämpfe aufzustellen, die Werbeveranstaltungen vorzubereiten, zugräftige Flugblätter in die Wahlkreise zu werfen und was es an wichtiger Kleinarbeit mehr gibt. Die Parteiführer, bezugte und ehrenamtliche, sind jetzt die meistbeschäftigten Leute, an ihre Arbeitsfähigkeit werden die höchsten Anforderungen gestellt. Wie bei einem Arbeitsmarsch vor und während der Schlacht werden von den Parteimitgliedern von allen, die sich in den Dienst ihrer Partei gestellt haben, Gefehsanweisungen verlangt, Redner angefordert, Unterredungen gewünscht; kurzum: es herrscht dort Hochbetrieb.

Die schwierige Frage ist die der Kandidatenauswahl. Das gilt auch für die Wahlen. Verspricht man sich doch auch heute noch von dem Klang und Ansehen der die Führenden Persönlichkeiten eine besondere Zugkraft für die Partei. Eine solche Wertschätzung wird nicht immer ohne inneren Kampf vollzogen. Denn die Wünsche über die Bedeutung der präferierten Kandidaten gehen auch oft unter Parteiführern auseinander. Für diese Wahl ist bei den meisten Parteien diese Klippe glücklich umschifft. Nach und nach formt sich das Gruppenbild derer, die dazu ausersehen sind, auf den Stellen der Abgeordneten Platz zu nehmen. Man hat dieses Mal bei allen Parteien eine Veränderung vor der Jugend gemacht. Man will das Reichstagsparlament, wie die Jugend mehr aktiv an der politischen Leitung teilnehmen lassen.

Diese politische Aktivierung der Jugend geschieht allerdings auch nicht ganz ohne selbstschädigenden Hintergrund der Parteien. Man denke hierbei an die Stimmen der Wähler, die am 14. September zum ersten Mal vor die Wahlurnen treten. Man ist natürlich bemüht, viele dieser neuen Stimmen für sich zu gewinnen, sich mit ihnen zu versöhnen und so als stark und ausgleichende Kraft im Wahlkampf der politisch-parlamentarischen Kampf aufzunehmen. Die Jugend wird ja nun bald wählen können, welchen politischen Anschauungen sie folgt. Sie wird das ziemlich gelöst sein, denn für sie hat das Wählen noch den lockenden Reiz der Neuheit. Vielleicht ist es auch das letztemal, das Jünglingsjahre zur Wahlurne laden dürfen, denn es sind stark Befreiungen im Gange, das Wahlalter zu erhöhen. Man hält es vielfach für nicht anständig, das man erst mit 21 Jahren wahlberechtigt, also selbständig wird, aber sich mit 20 Jahren das höchste Recht des Staatsbürgers, das Wählen, ausüben darf. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Frage bei der Wahlreform, die der neue Reichstag in Angriff nehmen wird, eine Rolle spielen wird.

Hochbetrieb wird nun in den nächsten Wochen an Wahlveranstaltungen bestehen, und es wird zu wünschen sein, daß die politischen Gegner sich nicht durch „schlagende“ Beweise von der allgemeinen Nichtigkeit der von ihnen vertretenen Politik überzeugen. Die Verordnung des Reichspräsidenten, die die Wiedahme jeglicher Waffen zu den Wahlveranstaltungen verbietet, war darauf gerichtet, daß der Wahlkampf nur geistig geführt werden sollte. Der Minderen Polizeibehörde hat diese Maßnahmen aber noch nicht genügt. Sie hat jetzt auch verfügt, daß bei Wahlveranstaltungen keine Getränke mehr verabreicht werden dürfen, um zu verhindern, daß das Vergnügen des politischen Kampfes durch den Konsum von Bier, Wein und dergleichen nicht unterbrochen wird. Es wird nicht lange dauern, dann wird auch andere Volkstörane diese Verbotsdase auf-

greifen, denn nur der Geist, der Geist soll siegen. Es ist aber auch kein Vergnügen, wenn der Kopf mit dem Bierglas Bekanntschaft macht, es ist denn, daß es töpliches Maß enthält, das man wohl in sich hineinschlürfen kann.

Aus der Wahlbewegung.

Hermann Müller und Artikel 48. Die Sozialdemokratische Partei des Bezirks Franken beschäftigte sich in einer Versammlung im großen Stadtpark mit den Wahlvorbereitungen. Reichstagsleiter A. D. Hermann Müller hielt einen Vortrag über das Thema „Von alten zum neuen Reichstag“. Ganz falsch sei die Behauptung, daß er bereit gewesen wäre, mit Artikel 48 zu regieren, falls der Reichspräsident dazu die Genehmigung gegeben hätte. Diese Frage sei nicht aktuell geworden. Das Schlimme sei gewesen, daß man den Artikel 48 bei Anwesenheit des Reichstags in Anwendung brachte.

Eine Wahlrede des Generals von Seekt. In Magdeburg sprach General von Seekt, der für die Deutsche Volkspartei kandidiert, zum ersten Mal öffentlich in der Wahlkampfzeit. Von Seekt sprach sich zu Beginn seiner Rede für eine Einigung aller national denkenden Deutschen und aller bürgerlichen Parteien aus und lehnte mit Entschiedenheit „radikale Lösungen“ ab. Man sei wiederholt an ihn von radikaler Seite hergetreten, er sei aber der Ansicht, daß man den Ausgang von radikalen Vorschlägen niemals voraussehen könne und infolgedessen als vorrangigste Aufgabe Mensch derartige Vorschläge nicht beschreiben dürfe. Seekt trat weiter für eine allmähliche Einschränkung ein, bei der das Gegenwärtige durchaus nicht unbedingt erhalten werden müsse und solle. Seekt betonte weiter, daß es unmöglich sei, auf die Dauer gegen Millionen von Arbeitern zu regieren. Die Arbeiter und die Angestellten, Millionen unserer Bürger, verlangen mit Recht auch ihre parlamentarische Vertretung. Aber kein Stand hat das Recht, zu führen. Jeder Stand hat sich dem Staatsorganismus einzuräumen. Stegerwald über incompetente Aufgebauer.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach in Gloggnitz in einer Zentrumsversammlung über incompetente Aufgebauer. Nachdem er in den letzten zwölf Jahren unter ausübendster Leitung des Reichsarbeitsministeriums im Innern hätte zurückstellen müssen, sei jetzt die Stunde gekommen, wo wir unter Haus im Innern die Ordnung bringen müssen. Das Entscheidende in der Arbeitslosenfrage sei die Wiederherstellung des Vertrauens zu Staat und Volk. Das sei die Voraussetzung des ganzen Wahlkampfes.

Die Reichsliste des Christlichsozialen Volksbundes nennt an den ersten Stellen folgende Persönlichkeiten: 1. Simpfendorfer, Schriftleiter, Normal bei Stuttgart; 2. Hartwig, Arbeitersekretär, Spandau; 3. Kling, Rektor, M. v. L., Stuttgart-Untertürkheim; 4. Reichstagsabgeordneter Mümm. Das soll sich nicht ändern.

In einer Wahlversammlung in Kassel wies Reichsminister Zerkowitsch darauf hin, daß etwas Neues in Deutschland schon seit langem im Gange sei. Das sei die deutsche Volkspartei, die sich nicht nur als politische Partei, sondern auch als Volkspartei selbst entfaltet. Dabei wird es keine Regierung geben, die gegenüber der ersten Lage kapitulieren möchte, wenn eine Mehrheit in sich unruhiger Parteien das Genomene durchsetzen zu versuchen trachten würde. Aber deshalb soll das deutsche Volk nicht gefurcht werden, denn die Reichspräsidenten erneuert das Vertrauen ausdrücken können, wenn der Nebel der Parteirede Arbeit anzuheben, wenn man endlich „mitregieren“ will, sich nicht darauf hinaussetzen, daß man keine Selbstbestimmung machen dürfe. Es wird ohnehin nur Schritt vor Schritt voranzukommen, bis wir wieder Grund und Boden unter den Füßen haben. In der Zwischenzeit wird gegen den Minister Beauftragte der Reichsregierung erhoben, da er die Konstitutionale Partei verlassen habe, ohne sein Mandat niederzulegen.

Die Bilanz des Unwetters.

Die Unglücksmeldungen aus dem Untereckgebiet über Umweckerländer können sich von Stufe bis nach Freiburg hinaus und alle Aufwandsstellen überwinden. Das Wetter wertlos geworden. So ist es nicht mit dem

Wasser abgetrieben ist. Das Steg ist überall hinter die Weidenbänke geholt worden. In den Weidenbänken des Hinterlandes wird weiter getrieben. Weite Flächen sind bereits erschlossen. Die Flüsse führen bereits das schwarze Moorwasser heran. Nördlich Bremerörde auf dem Weidener Die ist das Wasser jetzt ebenfalls über die Weide gegangen und hat weite Flächen der Weidenbänken überflutet. Die obere Die und ihre Nebenflüsse sind in gewöhnlichem Strome verfallen. An vielen Stellen sind sie bereits über ihre Ufer getreten und haben die Weiden und die Weiden überflutet.

Künstliche Staung des Elbwasserstandes.

Das große sich bei niedrigem Wasserstand geradezu katastrophal auswirkende Verkehrsbehinderung in der Elbe, der Felsen unter der Elbtrahnenbrücke bei Torgau — der übrigens unter unglücklichen Umständen gegenwärtig abgemauert wird — macht sich bei dem geringen Pegelstand jetzt wieder derartig unangenehm bemerkbar, daß man, um die Schiffsahrt darüber hinwegzubringen, den Wasserstand unter der Brücke auf künstlichem Wege zum Steigen zu bringen gezwungen ist. Künstlich für die entsprechenden Maßnahmen ist, daß der Tauerdicht, von dem aus die Abweiserarbeiten vollführt werden, unter einem Hoch der Brücke sich befindet. Um aber noch mehr Zeit zu bekommen, wird ein großer Maßbzw. ein Schraubenpumpwerk längs des Stromes gelegt und das Vorberiff in der Nähe des Tauerdichtes festgemacht. Das Vorberiff ist dadurch voll mit Holzbohlen, die keinen anderen Weg finden, belegt. Der Pumpwerk läßt dann die Kläber bzw. Schrauben rücksichtslos arbeiten. Durch dieses Manöver gelangt es in der Tat, das Wasser etwa sechs Zentimeter aufzuschieben. Es sucht nun zum anderen Hoch zu emporsteigen und hebt damit auch dort den Wasserpiegel. Auf diese Weise können die Kläber über den Felsen hinweggelangen. Hierdurch wird das lange Festlegen und das Warten auf eine etwaige Wasserwelle vermieden und der Schiffsahrt werden die manchemal recht hohen und unnötigen Kosten des Absichtens erspart.

Die Königsferse.

Nun hat auch diese Kläber an Eisenbahndämmen, auf Friedhöfen und in Gärten ihre goldgelben Blüten wieder ausgebreitet. Die Königsferse gehört mit zu unseren arabischen Blumen; denn sie wird gegen zwei Meter hoch. Ihr getaber Wuchs hat etwas Impassierendes und Stiellos an sich. Nicht mit Unrecht hat man sie das Symbol königlicher Würde genannt. Bei den Arabern ist diese Blume der Gottesmutter Maria geweiht und heißt daher meistens Marienrosenferse oder auch Himmelstrauch. Besonders, wenn ein Blumenstrauch zu Ehren der Gottesmutter gefunden werden soll, darf in katholischen Gegenden die Königsferse nicht fehlen. Die Blüte wird jedoch auch wegen der Weißblüte, die in ihr enthalten sind, eingesammelt. Um diese Weißblüte in größeren Mengen zu gewinnen, wird die Königsferse in einigen Teilen Österreichs sogar auf großen Feldern gezogen. Bei den Griechen war die Blume unter dem Namen „Königsferse“ bekannt. Die alten Griechen fanden nämlich die ganze Pflanze in Hoch und stellten sich daraus Kränze her. Außerdem wurden die weissen Blüten zu Dächern verwendet in den einladigen Gebäuden, die die Griechen als Zampfen benutzten.

Sommer, Sonne, See ist das Grundthema der reich ausgestalteten Feriennummer (August-Heft) der „Zeitungszeitung“. Die neue Serie. Der einleitende Aufsatz „Landschaft am die Nordsee“ kommt aus der Feder des hiesigen, am besten bekannten Schriftstellers „Der Blau“. Ueber den Segelfahrt in fremden Ländern berichtet an Hand von erstlichen Fotos Kapitänleutnant von Moles. Kurdtreuer A. D. plaudert amüsan von guten und schlechten Plänen am Strand. Strandvögel auf Hiddensee, Wohnen auf Hiddensee, Wohnen in der Sommerliche Thoma, das sich auch in einer größeren Novelle von Georg Britzinger findet. Der Modeler dagegen bringt bereits die ersten Herbstmode, außerdem neuartige Brautkleider und Dessous. Die praktischen Rezepte führen in die besten Pläne. Seit 12 der „Zeitungszeitung“. Die neue Serie ist überall für M. L. zu haben, sonst auch vom Verlag Otto Beyer, Leipzig, Westf. Beyerhaus.

Junge Liebe

Roman von Paul Gahn

Copyright by „Dröbenberg-Verlag“, Zeilau 1. Sa. (19) „Du überstehst mich. Aber wissen möchte ich wirklich, ob dieser kleine Student, in den du damals so verliebt warst, nicht — mehr von dir gehbt hat.“ „Du wirst gemein“, rief sie hervor. „Geh — geh —“ Drohend trat er auf sie zu. „Es ist in e in Haus.“ „Sie erwidert.“ „Ja — geh.“ „Und du bist eine Frau! Hüte dich! Wenn eine Frau so stolz und spröde ist wie du.“ „Aber ich bin es doch nicht!“ rief sie hervor. „Geh — du überstehst.“ „Wohin du, sage ich.“ fuhr er unbeteiligt fort. „Dann hat sie andre Gedanken im Kopf. Gehr du mich die Frauen kennen! Aber — ich will auch deine Gedanken —“ zischte er, „mir sollst du gehören mit Leib und Seele. Höhrst du? Mir allein! Wehe dir, wenn es anders wird!“ Sein Blick glühte. „Sie drückte sich unter seinen drohenden Worten. Eine furchtbare Angst schürzte ihr die Kniele zusammen. Da ließ er von ihr ab. „Also gut! Ich werde mir die Befraglichkeit wieder einmal mo anders thun. Deine Madonnenmiene reizt mich zum Lachen. Aber Geduld — du wirst mir schon einmal an den Saß sitzen und um meine Kniele stehen!“ Er ging. Schimmernd lag die Tür ins Schloß. Käthe schlichste in ihr Zimmer. Sie war wie zerbrochen. Hoffungslos. „Erst nämlich kamen ihr die Gedanken wieder. Nein, sie war sich keiner Schuld bewußt. Was konnte sie dafür, wenn sie ihrem Gatten nicht der wilden Leidenschaftlichkeit zugetan war, die er von ihr forderte? Aber gut, in sie hatte sie wollen! War das nicht genug? Und schon und

behaftlich hatte sie ihm sein Heim machen wollen! Warum lag er das nicht ein? Warum quälte er sie? „Ah — das wußte, er war im Innern ein Aeser, als er sich früher gezeigt hatte. Ein Gemisch aus — in Geschäftlichen wie in Geistlichen. Gemaltem — das war seine Natur! In allem! Und sie — würde daran zerbrechen. — Der Schlaf nahm ihr gültig alle trüben Gedanken. Aber gegen Witternacht machte sie auf. Sie hatte Schritte nebenan in ihrem Boudoir gehört. Erwidert richtete sie sich in den Kissen auf. Ihr Mann war noch nicht da. Starke eine Weile sah atemlos in die Dunkelheit. „Wer konnte da sein?“ „Diebe —“ „Sie nahm allen Mut zusammen. Knippte das Licht an, warf den Kimono über — hüchelte zur Tür. „Du hast mich öfnete sie.“ „Stieß einen Laut gegenstlicher Heberzeugung aus. „Vor ihrem kleinen Schreieffelt lag — Himmert. Sämtliche Fächer hatte er mit einem Nachschlüssel geöffnet. Der Inhalt lag verstreut umher. „In der Hand hielt er ein kleines Kästchen. „Sie enthielt einige begehriehre Zettel — die Gedichte, die Käthe einst von Hans erhalten hatte. Und — seine Photographie.“ Himmert sprang auf. Sein Gesicht war voll Hohn. „Er hielt die Photographie in der Hand. „Das also — sind deine Gedanken!“ lachte er. „Käthe war noch zu verblüfft, um gleich ein Wort der Entgegnung zu finden. Sie sah nur; Ihr Mann hatte ihren Schreieffelt erbrochen — plünderter zur Nachtzeit in ihren unglücklichen Erinnerungen. „Da haben wir's! Das Bild des Herrlichkeit von allem!“ rief Himmert stöhn. „Ich warle noch heute auf die paar Mark, die ich mal für deinen betrunkenen Geiz aufgelegt habe. Wundervoll! Hahaha.“ Käthe fürzte auf ihn zu. „Du — ich hab dich nicht —?“ rief sie. „Er lachte sie bestellte. „Deffen Bild also vermagst du so geheimnisvoll auf-

Nach immer! Im Vaden wär's, wenn es nicht so traurig wäre.“ „Geh — ich schwöre dir — es ist doch nur eine Jugend-erinnerung.“ „Allerliebste Gedichte hat er dir gemacht. Göttlich — der Herr Dichter! Du — ich habe dich gemamt!“ „Seine Stimme wurde kalt und schneidend.“ „Es sind doch alte Sachen.“ „Gemeinlich! Deine Gedanken hängen daran. Mir gehörst du. Was soll dieses — dieses Mauloleum? Da — da — das ist es wert — nichts weiter.“ „Er rief das Bild in Fetzen und schleuderte sie ihr zu. „Du hast du deinen — Jugendfreund! So zerschelt ich deine — ver liebten Gedanken! Deine — Erinnerungen! Ich habe keine Paht mehr, um dich zu beteln, du — du gehst mit! Ich hab mich nicht betrogen!“ „Bete!“ „Ihre Stimme erlosch in einem Schrei. „Janoth! — betragen! Daß du's weißt! Von deinen Gedanken! Von deinem — Vater! Ich habe bejahlt für dich.“ „Sie harrete ihn entseffert an. „Du hast mich nicht, was er sprach. „Er lachte schallend.“ „Ah — du weißt nichts? Du tußt lo, als wüßtest du nichts? Mein — Geld war euch recht — haba — aber sonst.“ „Geh — was lagst du da? Dein Geld? Ich habe es nicht nötig gehabt, auf dein Geld zu sehen! Ich habe dich genommen — weil — weil —“ „Bist ich mich — bei dir geborgen fühlte —“ „Haha! Gut gelang! Geborgen!“ Sein Lachen wurde finnis. „Gefaut hab ich dich! Und du — stößest dich laufen! — Wenn du es nicht tatest — dann war dein Vater heute derbreitener Mann! Klingt schon nicht —“ „Und du hättest — auf deinen Studenten warten können!“ „Geh!“ „Ihre Augen waren in Entsetzen geweiht. „Das ist — nicht wahr!“ (Fortsetzung folgt.)





# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 8 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festschick.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zögnerstr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezgl. Rückzahlung des Bezugspreises.

Ämtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig, Umhängezettel, Scherzblätter und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezähle.

Nr. 100.

Sonnabend, den 21. August 1930.

33. Jahrg.

## Das Wahlrecht.

Solange der Begriff der Mitbestimmung einer Volksgemeinschaft an der Form des Regierens geknüpft ist, solange acht bis Zehen und Zehen nach der Art und Weise, wie die Mitbestimmungsrechte ausgeübt werden soll. Ja, noch länger, denn selbst in Zeiten, in denen ein unbeschränkter Herrscher in Person als einzige Quelle für Geltung und Verherrlichung der Idee anerkannt war, blieb der Absolutismus eigentlich nur eine Brücke, über die der Absolutismus hinwegzuführen, um das Volk zu einem idealen und materiellen Eigentümern des Reiches zu machen und die gebietende Stelle beizubehalten. Andersmal mehr demokratisch, manchmal mehr laienmäßig ausgeprägt. Ein Versuch, in das historische Geschehen hineinzuführen, würde in die Unendlichkeit führen. Die Bibel erzählt von jenem ersten Könige Israels namens Saul, der, entgegen dem Willen der bis dahin herrschenden Priesterfamilie, vom Volke gewählt wurde. Die alten Germanenwägen führten ihre Anführer auf offenem Sching. Stärkere Bindungen an die Entscheidung der bevorrechteten Familien waren im Römischen Reich üblich und in jenen Staatenbildungen des Altertums, wo lediglich der Wille des bewaffneten Heeres den Ausschlag gab.

Seit sind die Menschen im weitesten großen Teile der Welt, wenigstens in allen beschriebenen Ländergruppen, wohl zum mehr oder minder demokratischen Konstitutionsismus vorgegangen, wobei jeder Bürger seine Stimme in die Waagschale werfen darf, wenn es sich darum handelt, den für die Beobachtung der Geseze und die Verwaltung des Staates verantwortlichen Anzuzahlen das Zepter in die Hand zu legen. Da es unmöglich ist, jedes lebende Glied des Staatsganzen im einzelnen Falle zu befragen, trat die als gewählte Vertreterversammlung als bevollmächtigter Anwalt hervor, mit einem Worte: der Volksversammlung. Dem ist alle Machtansprüche gegeben, selbst wenn noch für die repräsentativen Glieder die Person eines Herrschers oder Präzidenten erhalten blieb.

Das Deutsche Reich befindet sich in der letzten Lage. Der Reichstag entscheidet durch die von seinen Willensbedingungen abhängenden Minister, die Repräsentative bleibt dem von der Gesamtwahlerschaft erkorenen Präzidenten. Die Mitglieder des Reichstages werden in gewissen, von der Verfassung unverschieblichen Zwischenräumen nach dem freien Willen jedes Unbescholtenen und im unabhängigen Akt der öffentlichen Volksangehörigen gewählt.

Das bestehende Wahlrecht datiert von der Weimarer Nationalversammlung im Jahre 1919 her. Jeder zwanzigjährige Bürger wird vor die Entscheidung gestellt, und zwar auf dem Wege der Verhältniswahl, seine Vertrauensmann zu benennen. Das System hat seine Vorteile, aber auch seine Nachteile, die hier nicht näher erläutert werden sollen. Jedenfalls haben sich im abgelaufenen Jahrzehnt wie bei jedem Menschenwert Mängel bemerkbar gemacht, deren Abheilung jetzt die am Ruder befindliche Reichsregierung in Angriff nimmt.

Sie findet dabei, unbeschadet der vielseitigen Verschiedenheiten der politischen Meinungen und Parteianhänger, in weitesten Kreisen Zustimmung. Über die Reformnotwendigkeit wird kaum gestritten, die Ziele, denen die Reform zustreben soll, sind nicht zu einwandfrei klar.

Der Entwurf der Regierung ist ausgearbeitet, der in kurzer Frist zu wählender Reichstag soll seine Änderungen anbringen, um schließlich das gemeinsame Ja und Amen zu ermöglichen. Im vorliegenden Gesetzentwurf macht sich das Verlangen geltend nach härterer Wahlordnung der Nation, nach Ausschaltung der so managenen und unzuverlässigen in der Erscheinung getretenen Persönlichkeit in Sonderverpflichtungen, nach Veränderung des von verfassungsmäßig oder Verfassungsmäßig geborenen Interessententumfasses. Benige große, auf das Gesamtwohl drängende Parteien, dadurch Erleichterung der Mehrheitsbildung, glatter Lauf der Staatsmaschine. Die bisherige Wahl auf Listen, deren Zusammenstellung den Parteivorständen in der Hauptsache anheimfiel, entfernte den Wähler vom Gewählten. Der Wähler fand einen Mann

aus verschiedenen, von dessen Persönlichkeit, Charakter und Gesinnung er wenig wusste. Das soll sich ändern. Mittel dazu ist die projektivierte Verkörperung der Wahlkreis- und die damit verbundene Veränderung der Wähler an den Kandidaten. Dann soll auch die überhöhte Zahl der Abgeordneten vermindert werden. Statt 60.000 werden zur Erringung eines Mandats 70.000 Stimmen erforderlich. Nicht mehr eine Liste, sondern ein Kandidat wird direkt gewählt. Deshalb würde auch der amtliche Stimmzettel, der nur Listen, da-

gegen keine Namen kennt, wegfallen. Ebenso die Reichsliste, bei der die Bestimmungen allüberall zusammengezählt wurden, so eine Mandatsverteilung auf je 60.000 ermöglichten. Das erscheint ziemlich unzutraglich, wenn man bedenkt, daß im ganzen Reich in allen Wahlkreisen sich vereinzelt Anhänger einer Idee finden, die von Säulen bis Norden 60.000 Wähler zusammenbringt und so einen Vertreter in den Reichstag dirigiert. Die weit dieser Zustand sich ausgedehnt hätte, erkennt man daraus, daß im letzten Reichstag fast ein Sechstel der Abgeordneten der Reichsliste entstammte. Deren Namen waren nicht von einer effektlichen Wählerzahl, sondern von Partei- oder Parteivorkämpfern ausgewählt. Die solche Verfehlungen des Zwecks in das Gegenteil umkehrten. 35 unüberwindlichen Wahlkreise sollen künftig in 162 kleinere aufgeteilt werden. Der Plan des neuen Wahlsystems beschränkt seine Dauer auf 12 Jahre, damit die mittlerweile gewonnenen Erfahrungen Verwendung finden, wenn die Erkenntnis für erforderliche Änderungen dann Platz gegriffen hat.

Dies die wichtigsten Grundzüge der angestrebten Wahlrechtsreform, die der Öffentlichkeit unerbittert wird. Kritik wird sicherlich nicht ausbleiben, alles Wünschenwerte nicht erreicht werden. Aber der Wille zur Verbesserung scheint vorhanden zu sein.

## Rücktritt der bayerischen Regierung.

Die Regierung in der Minderheit. Mittwoch trat der Bayerische Landtag zusammen, um die Entscheidung über die durch die vom Ministerium Feld durch Vorverordnung eingeführte Schlachtfleuer zu treffen. Nach längerer Debatte in der Finanzminister Dr. Schmelske die ablehnende Haltung der Opposition gegen die Schlachtfleuer bekräftigte, beschloß der Bayerische Landtag mit 62 gegen 88 Stimmen die Aufhebung der von der Regierung erlassenen Schlachtfleuerverordnung. Gleich nach dem dem Reichstag mitgeteilt.

Die Regierung in der Minderheit. Mittwoch trat der Bayerische Landtag zusammen, um die Entscheidung über die durch die vom Ministerium Feld durch Vorverordnung eingeführte Schlachtfleuer zu treffen. Nach längerer Debatte in der Finanzminister Dr. Schmelske die ablehnende Haltung der Opposition gegen die Schlachtfleuer bekräftigte, beschloß der Bayerische Landtag mit 62 gegen 88 Stimmen die Aufhebung der von der Regierung erlassenen Schlachtfleuerverordnung. Gleich nach dem dem Reichstag mitgeteilt.

Die Regierung in der Minderheit. Mittwoch trat der Bayerische Landtag zusammen, um die Entscheidung über die durch die vom Ministerium Feld durch Vorverordnung eingeführte Schlachtfleuer zu treffen. Nach längerer Debatte in der Finanzminister Dr. Schmelske die ablehnende Haltung der Opposition gegen die Schlachtfleuer bekräftigte, beschloß der Bayerische Landtag mit 62 gegen 88 Stimmen die Aufhebung der von der Regierung erlassenen Schlachtfleuerverordnung. Gleich nach dem dem Reichstag mitgeteilt.

Die Regierung in der Minderheit. Mittwoch trat der Bayerische Landtag zusammen, um die Entscheidung über die durch die vom Ministerium Feld durch Vorverordnung eingeführte Schlachtfleuer zu treffen. Nach längerer Debatte in der Finanzminister Dr. Schmelske die ablehnende Haltung der Opposition gegen die Schlachtfleuer bekräftigte, beschloß der Bayerische Landtag mit 62 gegen 88 Stimmen die Aufhebung der von der Regierung erlassenen Schlachtfleuerverordnung. Gleich nach dem dem Reichstag mitgeteilt.

## Die Reformpläne der Reichsregierung

Rechtsetzung des Kabinetts. — Der erste Schritt zur Reichsreform.

Das Reichskabinet, das unter Vorsitz des Reichsfinanzlers zur Beratung der dem gesetzgebenden Körperschaften im Herbst vorzulegenden Reformvorschlüge zusammengetreten war, verabschiedete zunächst den Entwurf eines

## Kleine Zeitung für eilige Leser

- \* Die Überschwemmungen haben besonders in Norddeutschland katastrophalen Schaden angerichtet. Bei Zandbergen von Wargen ist die Körner- und Getreiternte vernichtet.
- \* Die von der bayerischen Regierung durch Rotverordnung eingeführte Schlachtfleuer wurde vom Landtag abgelehnt. Darauf trat das seit sechs Jahren im Amt befindliche Gesamtkabinet Feld zurück.
- \* Von einem nicht ganz klaren Dementis von angeblich zuständigen Stelle wird in anderen Berliner Kreisen daran festgehalten, daß der Chef der Sekretariate, General von See, für den 1. Oktober Ministerpräsidenten habe.
- \* Ferien führte in einer Note an die Türetel die von dieser gemüthliche gemeinsame Belämpfung der Kurden auf persischen Gebiet ab.

Gesetzes zur Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts, der, wie bekannt, einen vorweggenommenen Teil der Reichsreform darstellt. Sobald nach dem Kabinet einen eingehenden Vortrag des Reichsministers des Innern zur Wahrheitsfrage in entgegen, worüber die Beratungen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Im Mittelpunkt der Erörterungen des Reichstages, die bis in die Nachstunden anbauerten, stand schließlich die erste grundlegende Erörterung der finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen.

## Das Reichsverwaltungsgericht.

Die Pläne der Regierung. Im Kabinet wurde der Gesetzentwurf über die Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts definitiv festgestellt. Dem Gesetzentwurf liegt zunächst der Plan zugrunde, das Reichsverwaltungsgericht organisatorisch mit dem Preussischen Obergerichtsgericht zu verbinden. Der Staatsgerichtshof soll vom Reichsverwaltungsgericht übernommen bzw. diesem angegliedert werden. Keine Schuldenfrage, die der Straffjustiz näher kommen als der Verwaltungsjustiz, bleiben nach wie vor beim Reichsgericht. Außerdem ist in dem Gesetzentwurf vorgesehen, daß die Sozialversicherung im Reichsverwaltungsgericht vertreten sein soll.

Die Zuständigkeiten des Reichsverwaltungsgerichts sollen in drei Gruppen zerfallen: 1. die bisherigen Zuständigkeiten der Landesverwaltungsgerichte, 2. die neuen Zuständigkeiten des Reichsverwaltungsgerichts als solches und 3. die Zuständigkeiten des Reichswirtschaftsgerichts und des Bundesamts für das Heimatwesen, und zwar aus Gründen der Vereinfachung des Behördenaufbaus. Das Reichsverwaltungsgericht ist nach dem Gesetzentwurf an sich oberste Spruchbehörde des Reiches, aber auf Antrag der Landesregierungen auf dem Wege über das Reichsministerium des Innern kann das Reichsverwaltungsgericht Spruchbehörde in Landesangelegenheiten sein. Die Anrufung des Reichsverwaltungsgerichtes beruht auf der sogenannten Generalklausel, das heißt, die Zuständigkeit ist grundsätzlich gegeben bei allen Anordnungen einer Verwaltungsbehörde des Reiches und außerdem bei politischen Anordnungen oder Verfügungen eines Landes. Das Rechtsbeschwerdeverfahren ist zulässig, wenn von einer Behörde des Reiches eine Verfügung erlassen wurde, die an sich zunächst nach den Bestimmungen des Landesverwaltungsgerichtes verlagert wird. Das Anrufungsverfahren findet statt, wenn eine Verwaltungsbehörde Anordnungen getroffen hat, gegen die von Seiten irgendwelches Landes Einspruch erhoben worden ist. Nach dem Gesetzentwurf ist es ferner die Aufgabe der Reichsregierung, daß einseitige Verfügungen nicht erlassen werden sollen.

## Dr. Stegerwald zur Ruhrföndigung.

Ein Rechtsgutachten. Im Zusammenhang mit den Meldungen über die im Ruhrgebiet zum 30. September ausprobierten Kundungen war in der Presse die Nachricht erschienen, daß die Zeichenbestimmungen des Reichsarbeitsministers Stegerwald, mit dem sie verhandelt hätten, das Zugeländnis eines zehnprozentigen Lohnabbaus erhalten hätten bzw. die Zustimmung, daß für den Fall der Nichtannahme dieser Lohnherabsetzung ein Schiedsgericht gebildet werden würde. Wie vom Reichsarbeitsministerium hierzu mitgeteilt wird, sind diese Behauptungen von A bis Z falsch.